

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Dr. Thea Dückert, Matthias Berninger, Monika Lazar, Irmingard Schewe-Gerigk, Silke Stokar von Neuforn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden**

In der Fragestunde des Bundestages am 25. Oktober 2006 erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Peter Altmaier, dass alle Mitarbeiter der Bundesregierung für die Tätigkeit, die sie für die Bundesregierung verrichten, auch von der Bundesregierung bezahlt werden. (Mündliche Fragen 24 und 25 des Abgeordneten Volker Beck (Köln), Drucksache 16/3052, Stenografischer Bericht der 59. Sitzung des Bundestages, S. 5772 f.)

Demgegenüber hatte das ARD-Magazin „Monitor“ in seiner Sendung am 19. Oktober 2006 über eine Reihe von Fällen berichtet, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in mehreren Bundesministerien beratend tätig seien, indem sie beispielsweise an der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen mitwirkten, während sie weiterhin von den entscheidenden Verbänden und Wirtschaftsunternehmen bezahlt würden.

Nicht jede Beschäftigung von Personen aus der Wirtschaft in der Bundesregierung ist problematisch. So kann ein punktueller Austausch zwischen Privaten und der Bundesregierung sinnvoll sein, um wechselseitig Kenntnisse zu transferieren. Sicherergestellt sein muss jedoch, dass diese Beschäftigten abwägend handeln und nicht als Interessenvertreter der Wirtschaft die Exekutive und die Gesetzgebung – insbesondere auch bei der Vorbereitung von Gesetzentwürfen – von innen her beeinflussen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind die in dem Monitor-Bericht vom 19. Oktober 2006 genannten Fälle, in denen von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen entsandte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in verschiedenen Bundesministerien tätig seien, zutreffend?
2. Wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung die Monitor-Darstellung?
3. Wenn nein, welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gegen Monitor ergriffen?
4. Gibt es in den in diesem Bericht genannten Ministerien (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bundesministerium der Finanzen; Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) weitere vergleichbare Fälle, und von welchen Verbänden und Unternehmen werden sie entsandt?

5. In welchen anderen Bundesministerien, insbesondere im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie des Bundeskanzleramtes und nachgeordneten Bundesbehörden gibt es ähnliche Fälle, und von welchen Verbänden und Unternehmen werden sie entsandt (bitte nach allen Ressorts aufschlüsseln)?
6. In welchen Funktionen (z. B. Referatsleitungen, Referenten, Sachbearbeitungen) wurden diese Personen eingesetzt, und welche Stellen (Planstellen, Besoldungsstellen und andere) wurden dabei eingespart?
7. Von wem werden sie vergütet (bitte ebenfalls nach Bundesministerien und Einrichtungen sowie den entsprechenden Verbänden und Wirtschaftsunternehmen aufschlüsseln)?
8. Welche konkreten Aufgaben werden den Beschäftigten, die von Verbänden und Unternehmen in die Ministerien entsandt wurden, übertragen?
9. In welchen Fällen arbeiten die Beschäftigten einen Teil ihrer Arbeitszeit für die Bundesregierung und einen anderen Teil der Arbeitszeit für den Verband bzw. das Unternehmen?
10. Werden im Austausch Beamte, Angestellte oder andere Beschäftigte von Bundesministerien an Verbände und Unternehmen abgeordnet bzw. entsandt?  
Wenn ja, wie viele?
11. Wenn ja, warum erfolgt diese Entsendung?
12. Aus welchen Ministerien und nachgeordneten Bundesbehörden werden die in Frage 9 genannten Beschäftigten an welche Verbände und Unternehmen für welchen Zeitraum abgeordnet bzw. entsandt?
13. Wie sorgt die Bundesregierung verwaltungsintern und öffentlich für Transparenz bei solchen Beschäftigungsverhältnissen?
14. Durch welche Maßnahmen stellt sie sicher, dass durch diese Art der Beschäftigungsverhältnisse nicht von Verbänden und Unternehmen auf das exekutive Handeln und die Gesetzgebungsvorschläge der Bundesregierung inhaltlich Einfluss genommen wird?

Berlin, den 16. November 2006

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**